



BESCHLUSS DES LANDESAUSSCHUSSES AM 26.03.2019

Hamburger Plan für steuerliche Reformen in Deutschland

Die CDU Hamburg fordert steuerliche Reformen in Deutschland, durch die die Bürgerinnen und Bürger entlastet, das Steuerrecht insgesamt vereinfacht und Impulse für den Wirtschaftsstandort Deutschland gesetzt werden.

Der Hamburger Plan für steuerliche Reformen in Deutschland sieht folgende sechs Punkte vor:

1. **Soli abschaffen.** Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.
2. **Grundsteuer stabil.** Für bezahlbares Wohnen.
3. **Verwaltung digital.** Steuererklärung vorausgefüllt, schnell und einfach.
4. **Anreize schaffen.** Entlastung für Familien und Leistungsträger.
5. **Wirtschaftsstandort stärken.** Unternehmensteuerrecht zukunftsfähig machen.
6. **Gesunde Staatsfinanzen sichern.** Für Schuldentilgung und Investitionen

- Vorüberlegungen -

Das Steuerrecht muss zwei Dinge im Blick haben: Staatliche Leistungsfähigkeit und private Freiheit. Dies entspricht dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei geht es zum einen um die Finanzierung der wesentlichen staatlichen Aufgaben – von einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur und Verwaltung über die soziale Absicherung und Daseinsvorsorge bis hin zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung.

Zum anderen muss aber auch die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer finanziellen Verhältnisse berücksichtigt sein. Nur so kann Eigentum gebildet werden und nur so können Freiheit und Entfaltung in Familie und Beruf gelingen.

In diesem Spannungsfeld zeigt sich: Der Staat nimmt immer mehr Steuern von den Bürgerinnen und Bürgern ein. Im Bund steigen die Steuern von 2012 bis 2022 nach jetziger Schätzung¹ von

¹ Steuerschätzung November 2018 (Hamburg: Haushaltsgesetz 2019/2020, Dezember 2018);

€ 226,2 Mrd. auf € 367,3 Mrd. p.a., in Hamburg steigen die verbleibenden Steuern in demselben Zeitraum von € 8,7 Mrd. auf € 13,3 Mrd. p.a. Dies ist eine Steigerung von jeweils über 50 % in 10 Jahren! Gegenüber 2017 werden in Deutschland bis 2022 Mehrsteuern von insgesamt € 531,2 Mrd. erwartet. Dies sind in 5 Jahren Mehreinnahmen von weit über einer halben Billion Euro! – Auch wenn die Konjunktur nicht noch weiter steigen sollte, ergibt sich eine kräftige Steigerung der Steuereinnahmen.

Das bloße Festhalten an einer “Schwarzen Null” bedeutet bei dieser Steigerung der Einnahmen mehr Staat und mehr Umverteilung. Dies zeigt sich auch an immer stärkeren Begehrlichkeiten der Sozialdemokraten, die immer weitere Ausgaben planen, von der sog. „Respektrente“ ohne Bedürftigkeitsprüfung bis zu einem unkontrollierten Bürgergeld statt Hartz IV. Freiheitsräume der Bürgerinnen und Bürger werden bei diesen ausgabeintensiven Programmen nicht hinreichend genutzt.

Diese Freiheitsräume zu schützen, ist wesentliches Ziel der CDU: Die Bürgerinnen und Bürger sind nur dann in der Lage, ihr Leben finanziell zu gestalten, Vermögen aufzubauen und fürs Alter vorzusorgen, wenn das Steuerrecht an der Idee der Freiheit und am Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet ist und bei der Besteuerung entsprechend Maß hält.

Die CDU Hamburg will die Steuerpolitik daher nicht nur an einer Schwarzen Null ausrichten, sondern einen aktiveren Weg beschreiten: Der dienende und fürsorgliche Staat ist bereits heute – in Zeiten guter Beschäftigung und Konjunktur – auskömmlich finanziert und muss mit den verfügbaren Mitteln auskommen. Weiterhin können und müssen Steuereinnahmen genutzt werden, um Schulden zu tilgen und Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Sicherheit, Digitalisierung und Wachstum vorzunehmen.

Die Zeit ist darüber hinaus reif für eine Entlastung der Steuerzahler, für eine Vereinfachung des Steuerrechts und für eine Unternehmensteuerreform in Deutschland.

Zudem gilt es, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter voranzutreiben und Investitionen in die Zukunft zu sichern.

alle Zahlen in Mrd. Euro	2012	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Steuereinnahmen in Deutschland insgesamt	600,0	734,5	775,3	804,6	841,2	875,2	907,4
davon:							
Bund insg.	226,2	309,4	323,8	334,2	341,5	355,2	367,3
Soli	13,6	18,0	18,8	19,7	20,8	21,7	22,7
Hamburg	8,7	11,5	11,6	12,0	12,4	12,9	13,3

Steuerkonzept -

Das Steuerkonzept der CDU Hamburg sieht vor diesem Hintergrund folgende Leitlinien vor:

1. Soli abschaffen

Die CDU Hamburg fordert die vollständige Aufhebung des Solidaritätszuschlags ab dem 1. Januar 2020.² Dies hat der Hamburger Parteitag der CDU Deutschlands im Dezember 2018 so beschlossen. Dieser Beschluss muss jetzt umgesetzt werden.

Mit dem Auslaufen der Solidarpaktmittel für die ostdeutschen Länder 2019 fällt die bisherige verfassungsrechtliche Legitimation des Solidaritätszuschlags weg. In Zeiten steigender Steuereinnahmen ist die Belastung nicht mehr als Sonderabgabe zur Finanzierung eines unvorhersehbaren finanziellen Sonderbedarfs (Deutsche Einheit) erforderlich.

Es ist auch schlicht eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, dass wir den Soli in dieser Situation aufheben, denn das haben wir den Bürgerinnen und Bürgern seit seiner Einführung so versprochen.

Die vollständige Aufhebung des Solis entlastet alle Steuerzahler. Finanziell ist dies darstellbar: Der Bund hat – nach Maßgabe der jüngsten Steuerschätzung – auch bei einer Aufhebung des Solis 2020 immer noch weit mehr Einnahmen als 2017.

2. Grundsteuer stabil

Die vom Bundesverfassungsgericht bis Ende 2019 geforderte Reform der Grundsteuer muss für ein einfaches und sozial ausgewogenes Modell genutzt werden. Dabei dürfen die Bürgerinnen und Bürger insgesamt nicht stärker belastet werden. Wohnen ist in vielen Teilen Deutschlands in den letzten Jahren besonders teuer geworden, für viele – gerade in den Städten – ist die Belastungsgrenze seit langem erreicht. Dies gilt gerade auch für Hamburg.

Das Modell des Bundesfinanzministers Olaf Scholz (SPD) weist hier in die falsche Richtung. Das Scholz-Modell ist viel zu kompliziert und streitanfällig und führt in Hamburg zu massiven Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger.

Die CDU Hamburg fordert dagegen weiter, dass es durch die Reform der Grundsteuer nicht zu einer Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung kommt ("strukturelle Neutralität"). Zwar führen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu einer abweichenden Bewertung für viele Grundstücke und damit auch zu einer Verschiebung bei der Bemessungsgrundlage im Einzelfall. Die Gesamtsteuerbelastung der Mieter und Eigentümer darf aber nicht steigen, sondern sollte im Gegenteil eher sinken.

² Damit bekräftigt die CDU Hamburg zugleich ihren Beschluss vom 5. Oktober 2016.

Technisch ist dabei die Anknüpfung an leicht ermittelbare, flächenbezogene Kennziffern geboten. Bei einer Bezugnahme auf (i) Grundstücksgröße, (ii) Gebäudeart und (iii) Gebäudefläche kann ein Grundstück vergleichsweise leicht klassifiziert werden. Die Steuererklärungen für die neue Grundsteuer müssen von der Finanzverwaltung zudem einfach gehalten und vorausgefüllt werden. Eine teure, langwierige und streitanfällige Bewertung von über 35 Millionen Grundstücken in ganz Deutschland unterbleibt. Im Rahmen des Länderfinanzausgleichs muss die strukturelle Neutralität auch zwischen den Bundesländern gewahrt werden.

3. Verwaltung digital

Die CDU Hamburg fordert, die weitere Digitalisierung der Finanzverwaltung für eine spürbare Entbürokratisierung und Vereinfachung der Besteuerungsverfahren verstärkt anzuwenden und zu nutzen.

Für die Bearbeitung und Abgabe von Steuererklärungen sollen jedem Steuerpflichtigen vorausgefüllte elektronische Formulare zur Verfügung gestellt werden, in denen wesentliche Angaben zu Einkünften, Zahl der Kinder und Höhe der Abzugsteuern und Sozialabgaben bereits berücksichtigt sind.

4. Anreize schaffen

Die CDU Hamburg setzt sich dafür ein, steuerliche Entlastungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Leistung muss sich lohnen! Dafür müssen jetzt – über die Abschaffung des Solidaritätszuschlages hinaus – die Spielräume für weitere Entlastungen der Leistungsträger und der Familien, gerade auch bei unteren und mittleren Einkommen, ausgelotet werden.

Im Bereich der Einkommensteuer sollten u.a. drei Maßnahmen weiter diskutiert werden: (i) die Erweiterung der Familienbesteuerung hin zu einem modernen Familiensplitting, (ii) die Anhebung des Kindergrundfreibetrages auf Erwachseneniveau und (iii) der flachere Anstieg des Einkommensteuertarifs, so dass niedrige und mittlere Einkommen weniger besteuert werden.

Im Bereich der Grunderwerbsteuer müssen ebenfalls Entlastungen diskutiert werden, z.B. die Absenkung des Steuersatzes und ein Freibetrag für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum.

5. Wirtschaftsstandort stärken

Das Unternehmensteuerrecht in Deutschland ist seit vielen Jahren nicht mehr modernisiert worden. Dies führt angesichts eines verschärften internationalen Wettbewerbs zu massiven Nachteilen für den Standort Deutschland. Gerade der Mittelstand ist von diesen Nachteilen

besonders betroffen. Das Unternehmensteuerrecht muss daher umgehend strukturell reformiert und zukunftsfähig ausgestaltet werden.

Die CDU Hamburg unterstützt insoweit Überlegungen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU für eine Unternehmensteuerreform (Beschluss der MIT vom 3. Juli 2018) und ähnliche Pläne im Bundeswirtschaftsministerium und in der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Stand 30. Januar 2019).

Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, müssen eine Absenkung der Unternehmensteuer für nicht ausgeschüttete Gewinne auf 25% und eine rechtsformneutrale Besteuerung von Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften vorgesehen werden. Die CDU Hamburg spricht sich zudem für eine zielgenaue steuerliche Forschungsförderung aus, die den Forschungs- und Patentstandort Deutschland stärkt.

6. Gesunde Staatsfinanzen sichern

Die dargestellten Reformen des Steuerrechts sind wichtige Elemente einer langfristigen Finanzierung unseres Gemeinwesens im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Hinzu kommen die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die fortlaufende Investition der öffentlichen Hand in die Infrastruktur, Bildung und Sicherheit unseres Landes.

Die CDU Hamburg spricht sich dafür aus, steuerliche Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen in Deutschland in ein Gesamtkonzept gesunder Staatsfinanzen aktiv einzubinden.